

Microsoft-Lizenzen haben hohen Preis

[18.02.2026] Die Lizenzkosten der Bundesverwaltung für Microsoft-Produkte steigen seit Jahren, inzwischen liegen sie bei rund einer halben Milliarde Euro. Diese Mittel fehlen für die Modernisierung des Staates, beklagt die OSBA. Stärkere Investitionen in Open Source hingegen unterstützen wichtige digitalpolitische Ziele.

Jahr für Jahr gibt die Bundesverwaltung Hunderte von Millionen Euro für Microsoft-Lizenzen aus, mit stark steigender Tendenz. Waren es 2023 noch 274,1 Millionen Euro, stieg der Betrag im Folgejahr auf 347,4 Millionen und zuletzt auf 481,1 Millionen Euro. Das berichtet der Branchenverband [Open Source Business Alliance](#) (OSBA) unter Bezugnahme auf die [Antwort des Bundstages](#) auf eine Anfrage der Abgeordneten Rebecca Lenhard. Der Hintergrund für diese Preissteigerungen sind nicht gestiegene Nutzerzahlen oder höhere Produktivität, sondern ein extrem hohes Maß von Abhängigkeit der Bundesverwaltung von den Microsoft-Produkten. Dementsprechend sind für 2026 bereits weitere Preissteigerungen angekündigt. Die inzwischen fast halbe Milliarde Euro pro Jahr fehlt bei der tatsächlichen Modernisierung der digitalen Infrastruktur, betont die OSBA. Denn Geld, das in die Lizenzen eines Konzerns fließt, fehlt für Lösungen, die gezielt auf die Bedürfnisse der Verwaltung zugeschnitten sind. So muss der Bund am Ende nutzen, was der Anbieter vorgibt.

Keine Kontrolle über Kosten und Daten

Die Open Source Business Alliance warnt vor einer steigenden Abhängigkeit. Diese gefährde die Modernisierung der Verwaltung und stelle ein hohes Sicherheitsrisiko dar – weit über die Frage der Office-Software hinaus. Außerdem widerspreche diese Praxis den Zielen des Koalitionsvertrages, der die Verwendung von Open Source Software in der Verwaltung als Ziel ausgibt. „Wir sehen mit Erstaunen, dass sich die Bundesverwaltung scheinbar wehrlos der Marktmacht von Microsoft ergibt. Eine Kostensteigerung um 38 Prozent in nur einem Jahr zeigt, wie riskant die Abhängigkeit von einem einzelnen Anbieter ist. Die Preise werden weiter steigen und weitere Steuergelder verschlingen. Dieses Geld fehlt bei der Modernisierung der staatlichen IT“, sagt der OSBA-Vorstandsvorsitzende Peter Ganten. Schwerwiegende Sicherheitsrisiken kämen hinzu: Erhebliche Mengen von Daten der Bundesverwaltung seien nicht vor der Willkür der amerikanischen Regierung geschützt. „Statt immer höhere Lizenzkosten für Software zu bezahlen, die praktisch nicht kontrollierbar ist, sollte der Bund konsequent in offene und souveräne Lösungen investieren.“

Moderne, resiliente Verwaltung

Durch stärkere Investitionen in Open Source Software würde der Staat wichtige Digitalisierungsziele direkt unterstützen, so die OSBA. So sei es möglich, quelloffene Lösungen direkter für spezifischen Anforderungen zu optimieren – auf diese Weise könnten digitale Bürgerservices und Verwaltungsabläufe generell deutlich verbessert werden. Bei proprietärer Software, bei der Quellcode nicht unabhängig überprüft werden kann, können Hintertüren oder Kill-Switches nicht sicher ausgeschlossen werden. Open-Source-Software hingegen kann auch unabhängig vom eigentlichen Hersteller kontrolliert, betrieben, entwickelt und genutzt werden. Schon jetzt biete die deutsche Open-Source-Industrie leistungsfähige und

innovative Lösungen für alle Bereiche der Verwaltung an. Die OSBA betont: Würde die Bundesverwaltung die frei werdenden Lizenzmittel in die Entwicklung eigener Lösungen investieren, könnte sie damit die deutsche und europäische Innovationskraft stärken und sichere Alternativen zu monopolartigen Anbietern fördern.

(sib)

Stichwörter: Politik, Microsoft, Open Source Business Alliance, Open Source Software